



MEDIENMITTEILUNG

Bern, 13.03.2023

Gute Beziehungen mit der EU sichert Standortattraktivität

Die Städte sind die wichtigsten Forschungs- und Innovationsstandorte der Schweiz. Deshalb brauchen sie stabile Beziehungen mit der EU. Insbesondere der Ausschluss der Schweizer Universitäten vom Forschungsprogramm «Horizon Europe» ist verheerend. Der Städteverband fordert deshalb in einem Schreiben an den Bundesrat, den Verhandlungsprozess für ein Abkommen zu beschleunigen.

Nach dem abrupten Scheitern des institutionellen Rahmenabkommens stecken die Beziehungen der Schweiz mit der EU in einer Sackgasse. Die Entwicklung geht nicht rasch genug vorwärts, um die Beziehungen zu stabilisieren. Dieser Zustand der Ungewissheit hat negative Auswirkungen auf die Städte.

Insbesondere der Ausschluss der Schweiz aus dem Forschungsprogramm «Horizon Europe» hat gravierende Folgen: Die Schweiz und besonders die Universitätsstädte büssen als Forschungs- und Innovationsstandorte an Reputation ein. Es droht der Verlust der Spitzenposition, die die Schweiz in der Forschung innehat.

Nun sind Verhandlungen gefragt

Deshalb fordert der Städteverband vom Bundesrat, die laufenden Sondierungsgespräche abzuschliessen, einen Fahrplan zu erstellen und ein Verhandlungsmandat zu erteilen, um offizielle Verhandlungen mit der EU aufzunehmen. Besonders wichtig ist, dass eine zeitnahe Assoziierung der Schweiz an «Horizon Europe» erreicht wird, damit der Schweizer Forschungsplatz nicht in das Mittelmass abrutscht.

Das für diese Woche geplante Treffen von Aussenminister Ignazio Cassis mit Maros Sefcovic, Vizepräsident der EU-Kommission, bietet die Gelegenheit, konkrete Schritte einzuleiten. Er soll seine Bereitschaft signalisieren, mit den Sondierungsgesprächen abzuschliessen und formelle Verhandlungen aufzunehmen. Der Bundesrat darf diese Chance nicht verpassen.

Der Städteverband fordert vom Bundesrat, nach dem Treffen mit Sefcovic innenpolitisch die strittigen Fragen zum Lohnschutz, zu den Sozialleistungen, zu Staatsbeihilfen und Streitbelegungen zu klären. Dazu braucht es einen Konsens unter allen relevanten innenpolitischen Akteuren, darunter auch die Städte.

Weitere Informationen:

- Anders Stokholm, Präsident SSV und Stadtpräsident Frauenfeld: 079 574 05 30



Der **Schweizerische Städteverband** vertritt die Interessen und Anliegen der Städte, Agglomerationen und städtischen Gemeinden. Er ist damit die Stimme der urbanen Schweiz, in der rund drei Viertel der Schweizer Bevölkerung leben und 84 % der Wirtschaftsleistung unseres Landes erbracht werden.